

Dr. Stephan Eisel

www.stephaneisel.de - stephan.eisel@gmx.net

17. Januar 2027

Europas Emanzipation durch eine Europaarmee

Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) hat es mehrfach als größte Niederlage seiner Amtszeit bezeichnet, dass 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im französischen Parlament gescheitert ist. Die USA hielt er zwar als Bündnispartner für unverzichtbar. Aber er hat schon früh davor gewarnt, sich Illusionen über die eigene Interessenslage der USA zu machen. Europa dürfe sich darauf nicht verlassen und müsse Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen

Adenauers damalige Mahnungen sind heute wieder höchstaktuell: So sagte er schon am 28. August 1948 auf dem 2. Parteitag der CDU der britischen Besatzungszone: *„Das Interesse der Vereinigten Staaten an den europäischen Dingen in seiner jetzigen Stärke und Intensität wird eines Tages nachlassen, wenn der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland nachlassen wird, und der wird eines Tages so oder so doch nachlassen.“* Zwei Jahre später fügte er am 3. April 1950 bei einer Veranstaltung der CSU hinzu: *„Wovon lebt Europa? Es lebt von der Gnade der Vereinigten Staaten. Auch das wird nicht immer so bleiben. Es wird eines Tages der Augenblick kommen und kommen müssen, in dem dieses Europa wieder sich selbst helfen kann und auf eigenen Füßen stehen muß.“*

Auch Winston Churchill hatte schon am 11. August 1950 in einer Rede vor dem Europarat eine deshalb eine Europaarmee gefordert: *“We should make a gesture of practical and constructive guidance by declaring ourselves in favour of the immediate creation of a European Army under a unified command, and in which we should all bear a worthy and honourable part.”*

Bereits im Oktober 1950 legte der französische Ministerpräsident René Pleven einen Plan für das Projekt vor. Ab 1951 wurde intensiv verhandelt und am 26. und 27. Mai 1952 wurde der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) geschlossen. Artikel 2 dieses Vertrages beschrieb den Zweck der EVG in klaren Worten: *„Jede bewaffnete Aggression gegen irgendeinen der Mitgliedstaaten in Europa oder gegen die Europäischen Verteidigungstreitkräfte wird als ein Angriff gegen alle Mitgliedstaaten angesehen. Die Mitgliedstaaten und die Europäischen Verteidigungstreitkräfte leisten dem so angegriffenen Staat mit allen ihnen zu Gebote stehenden militärischen und sonstigen Mitteln Hilfe und Beistand.“*

Im Kapitel II wurde das Konzept einer Europaarmee klar beschrieben:

„Artikel 9. Die Streitkräfte der Gemeinschaft, nachstehend "Europäische Verteidigungsstreitkräfte" genannt, bestehen aus Kontingenten, die der Gemeinschaft zur Verschmelzung nach Maßgabe dieses Vertrages von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Kein Mitgliedstaat darf nationale Streitkräfte, außer den in Artikel 10 genannten, rekrutieren oder unterhalten.

Artikel 10. § 1 Die Mitgliedstaaten können nationale Streitkräfte zur Verwendung in außereuropäischen Gebieten, für die sie die Verteidigungspflicht übernommen haben, rekrutieren und unterhalten; das gleiche gilt für die Einheiten, die im Mutterland zur Ergänzung und Ablösung dieser Streitkräfte erforderlich sind.

Die Parlamente von Belgien, Deutschland (gegen den Widerstand der SPD), Luxemburg und den Niederlanden ratifizierten den Vertrag. In Frankreich hatte zwischenzeitlich die Regierung gewechselt und die französische Nationalversammlung lehnte am 30. August 1954 die Ratifizierung des EVG-Vertrags ab. Italien stoppte daraufhin die noch ausstehende Ratifikation.

Seit dem Scheitern der EVG wurde die Idee einer Europaarmee zwar immer wieder diskutiert - das Ziel findet sich in den Programmen aller demokratischen Parteien in Deutschland - realisiert wurde aber nur eine „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) deren Kern eine wechselseitige Beistandsklausel (Art. 42 Abs. 7 EU-Vertrag von Lissabon 2009) ist, der auch die neutralen EU-Staaten zustimmten: *„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.“* Diese vertragliche Verpflichtung wirkt allerdings nur wie eine rhetorische Formel, weil sie nicht mit nicht harten Fakten hinterlegt ist.

Zu lange haben die Europäer in großem, manchmal blindem Vertrauen zum Bündnispartner USA die damit zusammenhängenden Fragen der eigenen Sicherheit verdrängt. Dabei hat Konrad Adenauer immer wieder genau davor gewarnt. Fast prophetisch klingen seine Ausführungen vor dem CDU-Bundesvorstand am 17. Januar 1958: *„Es könnte nach einer Wahl in den Vereinigten Staaten - in Amerika sind Wahlen überhaupt eine merkwürdige Sache - der Gedanke auftauchen: Sollen wir bei dem Bild, das Europa bietet, uns noch weiter mit so großen Steuern belasten, sollen wir noch weiter unsere amerikanischen Soldaten diesen Gefahren in Europa aussetzen? Sollen wir nicht lieber mit Sowjetrußland einfach halbpart machen, der eine beherrscht diesen Teil der Erde und der andere jenen, dann haben wir doch bis auf weiteres Ruhe.“*

Die zweifache Wahl von Donald Trump ließ dieses Szenario in dramatischer Weise Wirklichkeit werden. Demonstrativ wendet er sich von Europa ab und sieht trotz dessen skrupellosen Überfall auf die Ukraine in Putin seinen Partner.

So steht die Europapolitik wieder vor einer grundlegenden Herausforderung, die im üblichen Tagespragmatismus nicht zu bewältigen sein werden. So wie die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der Vision und Einführung des Binnenmarktes und des Euro durch den energischen Einsatz von Helmut Kohl und Francois Mitterrand einen Quantensprung erlebt

hat, so braucht auch die europäische Sicherheitspolitik den Schritt in eine neue Dimension. Trumps so von den meisten nicht für möglich gehaltener Abschied aus der westlichen Wertegemeinschaft hat diese Frage mit fast brutaler Härte ins Zentrum des europäischen Selbstverständnisses geschoben. Die Antwort erfordert nur Mut, sondern auch ein klares Ziel. Darin unterscheidet sich der Staatsmann vom Allerweltpolitiker.

Die Europäer sollten nicht auf eine Kurskorrektur durch künftige amerikanische Präsidenten setzen, denn ganz im Sinne der Mahnungen von Konrad Adenauer haben die Vereinigten Staaten legitimerweise nicht per se die gleichen Interessen wie die Europäer und ihre Freiheit ist auch nicht so unmittelbar bedroht: Die Feinde der Demokratie sind für Europa viel unmittelbarere Nachbarn als für die USA.

Angesichts der andauernden Kriegslust des russischen Diktators Putin und der Bereitschaft des US-Präsidenten Trump, sich dem zu fügen, muss Europa endlich seine Verteidigung selbst in die Hand nehmen. Eine gemeine Europaarmee ist dafür ein entscheidender Schritt. Der EVG-Vertrag bietet dafür eine nützliche Blaupause. Die folgenden fünf Thesen beschreiben wesentliche Leitplanken um auf dem Weg zu diesem Ziel entschlossen voranzugehen.

1) Europäische Selbstbehauptung ist ohne eine gemeinsame Europäische Armee nicht denkbar.

Die Motivation der Gründergeneration "Nie wieder Krieg! Nie wieder Diktatur!" war Begründungs- und Erfolgsmaßstab für die europäische Einigung. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Westen des Kontinents manifestierte ihren ersten Erfolg. Frieden und Demokratie auch in Mittel- und Osteuropa sind als zweites großes Ziel ebenfalls verwirklicht.

Schon glaubte man das Ziel einer stabilen europäischen Friedens- und Freiheitsordnung dauerhaft gesichert. Der Kosovokrieg 1998/1999 wurde ebenso wie der Kaukasuskrieg um Georgien 2008 noch als regionale Randnotiz abgetan, die Europa nicht im Kern betreffen. Seit der völkerrechtswidrigen militärischen Annexion der Krim durch Russland 2015 und dem skrupellosen Überfall Putins auf die Ukraine 2022 ist die Bedrohung kontinentaler Natur und ist in unsere unmittelbare Nähe gerückt.

Nach der Selbstfindung der Europäer durch die Verankerung von Frieden und Freiheit auf dem eigenen Kontinent ist die Selbstbehauptung Europas in einer zusammenwachsenden Welt die neue Notwendigkeit und zusätzliche Legitimation der europäischen Einigungsbewegung.

Uns Europäern muss im Zeitalter der Globalisierung klarer werden, dass wir nur ein kleiner Teil dieser Welt sind. Heute leben nur etwa 7,5 Prozent der Weltbevölkerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. 2050 werden wegen des unterschiedlich starken Bevölkerungswachstums nur noch rund 4 Prozent der Menschheit Europäer sein.

Wir Europäer haben als kleine Gruppe in der Weltgesellschaft nur dann eine Chance, unsere Werte, unsere politische Kultur, unsere Lebensweise und unseren Wohlstand zu bewahren, wenn wir politisch noch mehr zusammenrücken und noch enger zusammenarbeiten. Dieser Weg muss nach Trumps Abwendung von Europa noch schneller beschritten werden.

Dabei ist die Sicherheitspolitik nach allen Maßstäben des Subsidiaritätsprinzips unzweifelhaft eine gemeinsame europäische Aufgabe. Sie ist nur national nicht zu bewältigen. Wenn sich Europa an der Lösung globaler Sicherheitsfragen nicht beteiligt, marginalisiert es sich zudem selbst. Eine Europaarmee ist zentrales Instrument dieser europäischen Sicherheitspolitik.

2) Wir brauchen eine Europaarmee zum Schutz vor Krieg, Terror und Völkermord.

Eine Europaarmee ist dort gefragt, wo die europäische Sicherheit insgesamt unmittelbar bedroht wird. Dies gilt für die Abwehr des imperialistischen Angriffskriegs von Putin ebenso wie für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und generell den Schutz der grundlegenden Menschenrechte und Errungenschaften der Zivilisation gegen Völkermord. Europa wird sein eigenes Grundwerteverständnis nur dann glaubwürdig behaupten können, wenn es gegen den Terror der Stärkeren die Stärke des Rechts auch militärisch schützt.

Diese Bedrohungen unserer Sicherheit ignorieren oft traditionelle geographische Grenzlinien, sie können nicht nur wie in der Ukraine einmarschieren, sondern tauchen auch z. B. durch hybride Kriegsführung plötzlich im europäischen Kernland auf. Ziel ist immer die Destabilisierung freiheitlicher Demokratien, deren systemische Überlegenheit Diktatoren fürchten.

3) Die brüchige transatlantische Brücke erhöht die Notwendigkeit einer Europaarmee.

Die NATO hatte vor Trumps Abwendung von Europa zwar einen stabilen nord-amerikanischen Pfeiler und aber zugleich einen sich eher als lockeren Steinhauften präsentierenden europäischen Pfeiler. Die Diskussion um ein gerechtes "burden sharing" hatte wegen der geringen eigenen europäischen Militärkapazität schon seit längerem die Brüchigkeit einer asymmetrischen Aufgabenteilung geführt: Die einen schicken Soldaten, die anderen Geld. Diese Spannung konnte die transatlantische Partnerschaft auf Dauer nicht aushalten. Eine Europaarmee als Festigung des europäischen Pfeilers ist deshalb als ein entscheidender Beitrag zur Stabilität der transatlantischen Brücke auch ohne Trumps Abwendung von Europa schon lange überfällig. Dass Trump die Tragfähigkeit des amerikanischen Pfeilers der transatlantischen Allianz immer wieder schwächt, erhöht die Bedeutung der Belastbarkeit des europäischen Pfeilers an, dessen Instabilität deshalb aber auch immer deutlicher wird.

Die Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft bleibt zwar grundsätzlich Ziel einer vertieften gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Auch Trumps Amtszeit wird zu Ende gehen. Aber niemand weiß, was danach kommt und ob in den USA wieder die Kräfte die Oberhand gewinnen, denen es um die Wertegemeinschaft des Westens geht. Deshalb muss sich Europa auch dafür rüsten, die eigene Sicherheit dauerhaft auf sich selbst gestellt zu gewährleisten.

4) Die Europaarmee soll eine Armee der Bürger Europas sein.

Als Konglomerat der Abordnung nationaler Militärkontingente würde die Europaarmee ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Wir brauchen eine eigenständige europäische Institution entsprechend z.B. der Europäischen Zentralbank oder des Beamtenapparats der EU. Alle EU-

Bürger sollten sich für die Europaarmee bewerben können. Vorausgesetzte Qualifikation könnte z.B. die Grundausbildung in einer nationalen Armee sein.

Die Bürger, die bei entsprechender Qualifikation der europäischen Armee angehören, dürfen ebenso wenig wie die Beamten der EU-Kommission nationaler Weisung oder nationalem Zugriff unterliegen. Nationale Regierungen dürfen ihre Bürger ebenso wenig an der Zugehörigkeit zur Europaarmee hindern wie an der Arbeit in der Europäischen Zentralbank oder im europäischen Auswärtigen Dienst.

Die inneren Strukturen der europäischen Armee müssen demokratietauglich sein und vom Prinzip des Staatsbürgers in Uniform ausgehen. Über den Einsatz der Europaarmee entscheidet folgerichtig das Europäische Parlament als Vertretung der Bürger Europas. Aus dem nationalen sollte für eine Europaarmee also ein europäischer Parlamentsvorbehalt werden.

Eine Europaarmee setzt auch gemeinsame europäische Sicherheitsinstitutionen voraus. Dazu gehören u. a. ein vollwertiger Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament zur demokratischen Kontrolle des Militärapparats, eine europäische Militärakademie zur Ausbildung der Führungskräfte, ein europäisches Lufttransportkommando als Voraussetzung für die Erreichbarkeit von Einsatzgebieten vor allem an den EU-Außengrenzen, eine stärkere europäische Verteidigungsagentur zur effizienten Beschaffung von Waffen und Ausrüstung sowie die gemeinsame Entwicklung und Nutzung entsprechender Aufklärungskapazitäten.

5) Die Europaarmee muss das nächste große Europaprojekt sein.

Es waren nach Konrad Adenauer und René Pleven Helmut Kohl und François Mitterrand, die schon 1987 mit der Gründung einer deutsch-französischen Brigade die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsmacht neu belebten. 1990 wurde diese Brigade in Dienst gestellt und bei einem deutsch-französischen Gipfeltreffens 1992 das Eurokorps gegründet.

Für die Kohls Nachfolger hatte das Thema keine große Bedeutung mehr, die Schritte in Richtung einer europäischen Verteidigungsunion wurden immer kleiner. Man versteckte sich lieber hinter der NATO, ohne zu erkennen, dass eine Stärkung des eigenständigen europäischen Verteidigungspfeilers auch notwendig war, um die transatlantische Brücke zu stärken.

So wurde das Eurokorps 2002 in ein „schnelles Reaktionskorps“ umgewandelt wurde, das nicht nur der EU, sondern auch der NATO zur Verfügung steht. Als „Rahmennationen“ beteiligen sich inzwischen neben Deutschland und Frankreich auch Belgien, Spanien, Luxemburg und Polen. Assoziierte Länder sind Griechenland, Italien, Rumänien, die Türkei und Österreich. Es gibt ein multinationales militärisches Hauptquartier in Straßburg mit ca. 1.000 Soldaten, das bis zu 60.000 Soldaten führen kann. Einsätze gab es bisher auf dem Balkan, in Afghanistan sowie in Mali und der zentralafrikanischen Republik. Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee muss also nicht bei Null beginnen, wurde aber in beiden letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt.

Die europäische Einigung wurde immer von zunächst visionären, oftmals als unerreichbar verspotteten Zielen vorangetrieben: Dem Abbau der Grenzen, der Direktwahl des Europäischen Parlaments und der konsequenten Ausweitung seiner Rechte, der völligen Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger, der Einführung des Binnenmarktes mit seinen einheitlichen Standards und zuletzt der Einführung der einheitlichen Währung mit einer unabhängigen Zentralbank.

Solche weitreichenden Integrationsprojekte verdeutlichen den Bürgern über den Tagespragmatismus hinaus die Wichtigkeit des weiteren Zusammenwirkens Europas. Die Europaarmee eignet sich auch interpretationspolitisch als nächstes großes europäisches Projekt, weil es ganz unterschiedliche Handlungsfelder umfasst, einen Lösungsweg für immer deutlicher werdende Sicherheitsgefahrenlagen aufzeigt und europäisches Handeln für die Bürger demonstriert.

Der unvermeidliche Diskussionsprozess ist gewollt, denn er rückt die europäische Politikebene ins Blickfeld. Die Größe der Aufgaben entspricht der historisch einmaligen Qualität der europäischen Einigung. Äußere Zwänge wie Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, der für ihn nach seinen Aussagen nur Ausgangspunkt für weitere Eroberungszüge ist, und Trumps demonstrative Abwendung von Europa erhöhen nun den Druck, den Schritt zur gemeinsamen europäischen Verteidigung zu wagen, den die Europäer schon längst aus eigenem Antrieb hätten gehen müssen.

Hier liegt auch eine besondere Aufgabe und Verantwortung für die CDU als Europapartei. Seit einiger Zeit hat aber auch bei Christdemokraten Verzagtheit und Schüchternheit um sich gegriffen. Symptom dafür ist beispielsweise, dass das lange im CDU-Grundsatzprogramm verankerte Ziel „*europäischer Bundesstaat*“ schrittweise aus den Parteiprogrammen verschwunden sind. In seiner Rede beim Festakt zum 150. Geburtstag von Konrad Adenauer hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament und ehemalige niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) zu Recht gefordert, wieder klar das Ziel der „*Vereinigten Staaten von Europa*“ zu benennen.

Enthusiastische Bekenntnisse in Sonntagsreden reichen hier allerdings nicht mehr aus. Jetzt ist kraftvolles Handeln gefragt. Gerade die CDU steht hier in der Pflicht.